

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Volker Hauff MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, zum fünften Todestag von Jean Monnet: Erinnerung an einen großen Europäer. Seite 1

Erwin Horn MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, zur Bewegung an der "Wehrsold"-Front: Nagelprobe für die Regierungsparteien. Seite 4

Joachim Poß MdB zur EG-Finanzierung: Bundesregierung darf nicht zu großzügig sein. Seite 6

39. Jahrgang / 54

16. März 1984

Zum fünften Todestag von Jean Monnet

Erinnerung an einen unermüdlichen Anwalt Europas

Von Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Am 16. März jährt sich zum fünften Mal der Todestag von Jean Monnet, dem Mann, dem es gelang, die Vision von einem Vereinigten Europa der Verwirklichung ein großes Stück näher zu bringen. Als uns die Nachricht von seinem Tode 1979 erteilte, würdigte Helmut Schmidt diesen großen Franzosen mit folgenden Worten: "Er war für mich das Vorbild eines Mannes, der mit klarem Blick, unideologisch und unvoreingenommen, vor allem aber mit großer Menschlichkeit, die Probleme unserer Zeit und unseres Kontinents sah und tragfähige, zukunftsweisende politische Lösungen für sie erdacht und durchgesetzt hat."

Heute, da die Europäische Gemeinschaft vor einer schweren, ihre Existenz bedrohenden Krise steht, erscheint es mir umso wichtiger, an diesen Europäer zu erinnern.

Jean Monnet stammte aus der Charante, jener Provinz im Südwesten Frankreichs. Schon in jungen Jahren vertrat er die Interessen des Familienunternehmens in Amerika, wo er die Bedeutung und die Möglichkeiten eines großen einheitlichen Marktes kennenlernte. Diese Erfahrung sollte sein ganzes späteres Wirken beeinflussen.

Zwischen den Kriegen war sein Rat sowohl in Polen, Rumänien wie in Schweden oder gar in China gefragt, er war selbstvertretender Generalsekretär des Völkerbundes in Genf, in den Weltkriegen wirkte er als Koordinator für die Beschaffung von Militär- und Zivilmaterial der Alliierten. Nach dem Zweiten Weltkrieg legte er, von General de Gaulle - mit dem er sich übrigens später wegen der Europapolitik vollkommen überwerfen sollte - zum Planungskommissar ernannt, die Grundlagen für die Erneuerung der französischen Wirtschaft.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Veranstalter:
Verlag:
Kunst- und Papier

Sollten Europa in Zukunft weitere schreckliche, kriegerische Auseinandersetzungen erspart bleiben, so war seiner Meinung nach eine organisierte Zusammenarbeit zwischen den Staaten unerlässlich. Daher unterbreitete er dem damaligen französischen Außenminister Robert Schuman seine Pläne für ein Zusammenwirken Frankreichs und Deutschlands auf dem Gebiet von Kohle und Stahl. Dieser Zusammenschluß sollte anderen Staaten offenstehen. Schuman übernahm diese Gedanken Monnets und verkündete am 9. Mai 1950 den Plan für die Schaffung einer Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der Montanunion, deren erster Präsident Jean Monnet wurde.

Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung verließ er Luxemburg und gründete 1955 das Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa, in dem Vertreter der demokratischen Parteien und der nichtkommunistischen Gewerkschaften die weitere Zusammenarbeit unseres Teils der europäischen Kontinents diskutierten. In den folgenden Jahren sollten wichtige Anregungen für die europäische Integration von seinem Komitee ausgehen, erwähnt sei hier nur eine Entschließung von 1967 über den Beitritt Großbritanniens, die dann durch die Haager Gipfelkonferenz zwei Jahre später einen realen politischen Hintergrund erhielt.

Monnets Ziel war es, über Parteien und nationale Grenzen hinweg Gespräche zu organisieren, politische Kräfte zu mobilisieren. Sein Wirken war durch Sinn für politische Realitäten und durch großes Gespür für politische Möglichkeiten gekennzeichnet. Er war überzeugt davon, daß man geduldig mit allen Beteiligten so lange reden mußte, bis sich ein gemeinsames Interesse herauskristallisiert. Dann konnte man an die Lösung des Problems herangehen. Für ihn war es wichtig, die Beziehungen zwischen den Völkern zu verändern, indem eben dieses Gefühl für das gemeinsame Interesse geschaffen wird. Die Wahrung des gemeinsamen Interesses muß dann geeigneten Institutionen auf europäischer Ebene übertragen werden. Niemand aus seinem Komitee hat sich je durch eine Entscheidung bedrängt oder gar überfahren gefühlt. Monnet scheute sich nicht, indem er Rücksicht auf Einwände nahm, Texte immer wieder umzuformulieren, wobei der Kern der Aussage, die einmal als richtig erkannt worden war, jedoch niemals verändert wurde. War es nach langem Bemühen nicht möglich, Einvernehmen unter allen zu erzielen, so war er eher bereit, eine Idee zunächst fallen zu lassen, als sie gegen den Wunsch einzelner durchzusetzen.

Jean Monnet war ein unermüdlicher Anwalt Europas. Er wußte zwar sehr genau, wo die Macht lag, aber er wollte sie nie ausüben, sondern vielmehr auf sie einwirken. Als er in späteren Jahren einmal gefragt wurde, ob er nicht vielleicht erster Präsident der möglichen Vereinigten Staaten von Europa werden wolle, verneinte er diese Frage entschieden und meinte, daß es für eine solche Position sicher ausreichend Anwärter gäbe, während auf seinem eigentlichen Arbeitsgebiet Konkurrenten eher rar seien. Daran hat sich wohl bis heute nicht viel geändert.

Besonders viel lag ihm an guten Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, die auf der Grundlage von Gleichheit und Partnerschaft basieren müssen.

Auf eine Seite seines Wirkens möchte ich noch besonders hinweisen, auf seine Bemühungen um die deutsche Sozialdemokratie. Aus Sorge um die Wiedervereinigung Deutschlands hatte die SPD in den frühen fünfziger Jahren der westeuropäischen Integration eher abwartend gegenüber gestanden. Sie befürchtete aber auch, daß die Bundesrepublik nicht als vollwertiger Partner in einem europäischen Zusammenschluß behandelt werden könnte, obwohl Monnet immer wieder betonte, daß alle Partner die gleichen Rechte haben müßten. Als Präsident der Hohen Behörde bemühte er sich ganz



besonders um die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für das eben begonnene Integrationswerk. Die Mitarbeit in der Gemeinsamen Versammlung bot hierzu die Möglichkeit. Das gegenseitige Vertrauen, mehr noch die Freundschaft, die Jean Monnet mit Männern wie Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Otto Brenner oder Ludwig Rosenberg verband, haben nicht unwesentlich zur Hinwendung der SPD zur europäischen Einigungspolitik beigetragen. Diese Leistung Jean Monnets ist auch von uns vielleicht bis heute noch gar nicht genügend gewürdigt worden.

Zum 25. Jahrestag der Verkündung des Schumanplanes, am 9. Mai 1975, gab Monnet seinen Entschluß bekannt, den Vorsitz des nach ihm benannten Komitees aufzugeben. Seitdem fehlt es in Europa an einem vergleichbaren Diskussionsforum, das heute dringender denn je gebraucht würde, um neue Impulse für die europäische Zusammenarbeit und Weiterentwicklung zu geben.

Jean Monnet ist einmal ein Politiker ohne Partei, ein Staatsmann ohne Staat genannt worden, der gleichwohl die europäische Politik in außergewöhnlicher Weise beeinflusst habe. Als Monnet sich von seinen europäischen Aktivitäten zurückzog, meinte Herbert Wehner: "In Deutschland muß der Persönlichkeit dieses großen französischen Europäers noch die gebührende Ehre erwiesen werden. Er bedeutet mehr als jeder andere gefeierte Name für unsere Partnerschaft in einem trotz aller traditionellen Hindernisse zur Vereinigung sich bewegenden, Skeptiker mögen meinen 'verurteilten', westlichen Europa, das seinen Platz in einem ausgewogenen Verhältnis zum Osten und zu den Vereinigten Staaten Amerikas findet."
(-/16.3.1984/ks/rs)

+ + +



Bewegung an der Wehrsold-"Front"

Die Debatte über den Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zur Erhöhung des Wehrsoldes wird zur Nagelprobe für die Regierungsparteien

Von Erwin Horn MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Es tut sich was in Sachen Wehrsold-Erhöhung!

Offensichtlich haben die Initiative der SPD-Fraktion und die Ablehnung ihres Antrages zur Erhöhung des Wehrsoldes mit Wirkung vom 1. Januar 1984 durch die Regierungsparteien während der Haushaltsberatungen zum Ende des letzten Jahres soviel Wirkung gezeigt, daß nun auch die Parteien der Koalition nicht anders können, als sich für eine baldige Anhebung des Wehrsoldes auszusprechen.

Hatte schon mein Kollege Peter Würtz in seinem Artikel vom 19. Januar 1984 auf die geradezu schizophrene Situation zu dieser Frage innerhalb der Regierungsparteien hingewiesen, bringt eine weitere Aussage aus dem Regierungslager neue Klarheit: Staatsminister Jürgen Möllemann setzt sich in der März-Ausgabe von "Die Bundeswehr", dem Organ des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, für die Unterstützung der Verbandsforderung ein und stellt fest: das Geld dafür ist "durchaus vorhanden"! Auch sonst herrscht emsige Geschäftigkeit: Willi Weiskirch, verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, sieht unplötzlich Möglichkeiten zu einer Erhöhung des Wehrsoldes zum 1. Oktober 1984, Wolfgang Mischnick, der Fraktionsvorsitzende der FDP, formuliert "im Laufe des Jahres", selbst Minister Dr. Wörner spricht vom 1. Januar 1985 als "dem spätesten Termin"!

Daß die cirka 120 Millionen DM, die für die Wehrsoldanpassung mit Beginn des Jahres 1984 erforderlich sind, im Haushaltsplan dieses Jahres vorhanden sind, hatte die SPD bereits in den Haushaltsverhandlungen 1983 festgestellt und konkrete Deckungsvorschläge für ihre Gesetzesinitiative gemacht. Offensichtlich aber wäre es für die Parteien der jetzigen Regierung eine Blamage gewesen, diesen "unrealistischen Optimalforderungen" der Opposition (Willi Weiskirch noch am



5. Dezember 1983) nachzugeben! Eher schon nahm man in Kauf, cirka 250.000 Wehrpflichtige zu verbittern und ihre berechtigten Forderungen mit vordergründiger Argumentation zu mißachten, als einem vernünftigen, dringend erforderlichen und finanziell abgesicherten Gesetzesvorschlag der SPD zuzustimmen!

Die Rechnung für dieses Verhalten der Regierungsparteien im Dezember 1983 wird eben diesen Parteien jetzt präsentiert, und sie werden sie begleichen müssen: Die Betroffenen vergessen heute weit weniger schnell als früher, was verantwortliche Politiker in Regierungs- und Oppositionsverantwortung zu bestimmten Themen früher gesagt haben und heute sagen!

Es klingen Ihnen noch die Ohren von den CDU/CSU-Aussagen anlässlich der Debatte um die letzte Wehrsold-Erhöhung (1981): "Zu spät kommend", "der Preisentwicklung nicht Rechnung tragend" unter anderem.

Die SPD-Fraktion wird im Verlauf der Debatte über ihren Gesetzentwurf zur Erhöhung des Wehrsoldes im Parlament und seinen Ausschüssen die Regierungsparteien auf die Widersprüche zwischen ihren Aussagen von 1981 und ihrem Handeln 1983/84 hinweisen. Die Debatte zu diesem Thema wird zur Nagelprobe für die Regierung und die Glaubwürdigkeit ihrer Politiker, die permanent davon sprechen, daß der Mensch im Mittelpunkt ihrer Politik stehe!

Die SPD wird im Verlauf dieser Debatte darauf bestehen, daß gemäß ihrem Antrag die Erhöhung des Wehrsoldes rückwirkend ab 1. Januar 1984 in Kraft tritt, um die notwendigen Verbesserungen für die Wehrpflichtigen im vollen Umfang zu erwirken.

(-/16.3.1984/ks/rs)

+ + +



EG-Finanzierung

Bundesregierung darf nicht zu Lasten der Steuerzahler großzügig sein

Von Joachim Poß MdB

Noch vor wenigen Wochen hat der Bundesfinanzminister auf meine Fragen zur Einhaltung der Ein-Prozent-Eigenmittelgrenze für die Finanzierung des EG-Haushaltes ohne Wenn und Aber bestätigt, daß "nach Auffassung der Bundesregierung nach EG-Recht keine Verpflichtung der Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft besteht, über den Eigenmittelbeschluß von 1970 hinausgehende Mittel - auch nicht vorübergehend - zur Verfügung zu stellen".

Der Präsident der EG-Kommission, Thorn, hat in dieser Woche vor dem Europa-Parlament in Straßburg die Kosten des neuesten Agrarkompromisses der Mitgliedsstaaten offen gelegt.

Danach fehlen 1,5 bis zwei Milliarden Ecu, das sind rund 3,9 Milliarden DM, für das laufende Jahr 1984 bei der EG für die europäische Agrarpolitik.

Nach den Aussagen von Präsident Thorn kann dieses Haushaltsloch weder durch Verschiebung der Agrarkosten in das nächste Haushaltsjahr, noch durch eine Umschichtung bei den sonstigen Ausgaben, zum Beispiel des Regional- oder Sozialfonds, gedeckt werden.

Also müßten die Mitgliedsstaaten dafür sorgen, daß die Kosten der europäischen Agrarpolitik - wie es so schön heißt - "vorfinanziert" werden.

Das bedeutet nichts anderes, als daß Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg aus dem Bundeshaushalt 1984 allein für den bisherigen Agrarkompromiß in diesem Jahr bei einem deutschen Finanzierungsanteil von 28 Prozent noch zusätzlich rund 1,1 Milliarde DM aufzubringen hat.

Da frage ich, was soll dann die Ein-Prozent-Eigenmittelgrenze, wenn die Mitgliedsstaaten aus ihren eigenen Haushalten parallel und unter Umgehung der europäischen Finanzverfassung die europäische Agrarpolitik finanzieren?

Mit dem Zugeständnis einer "Vorfinanzierung" - was auch immer das ist - ist der Bundesfinanzminister schon im Vorfeld der EG-Gipfelkonferenz sehr schnell umgefallen. Und das Zugeständnis, den Agrarkompromiß mit dem Ausgleich für die Deutsche Landwirtschaft ab 1985 aus nationalen Mitteln zu finanzieren, bedeutet doch nichts anderes, als eine Umgehung der europäischen Finanzverfassung - die europäische Agrarpolitik wird über die Haushalte der Mitgliedsstaaten re-nationalisiert!

Der zugestandene Abbau des deutschen Grenzausgleichs kostet die Bundesrepublik rund zwei Milliarden neue Steuersubventionen für die Deutsche Landwirtschaft. Davon haben ein Drittel als vermindertes Umsatzsteueraufkommen die Bundesländer zu tragen. Und das ist erst das finanzielle Ergebnis der europäischen Vorverhandlungen der Bundesregierung. Da wird schon von der Erhöhung der Eigenmittel von ein Prozent auf 1,4 Prozent und sogar auf zwei Prozent als deutschem Zugeständnis geredet.

Nach steht die Gipfelverhandlung des Bundeskanzlers Kohl vor uns. Der Bundeskanzler sei daran erinnert, daß der Deutsche Bundestag eine Anhebung der Ein-Prozent-Eigenmittelgrenze der EG ohne eine echtere Form der europäischen Agrarpolitik wiederholt abgelehnt hat.

(-/16.3.1984/ks/rs)

+ + +

